

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	429
		TOP:	18
	Verhandlung	Drucksache:	717/2017
		GZ:	JB/T
Sitzungstermin:	25.10.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Häbe / fr		
Betreff:	Investitionsprogramm - Schulische Neu- und Erweiterungsbauten Priorisierung und Personelle Auswirkungen im Hochbauamt und Schulverwaltungsamt		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 24.10.2017, öffentlich, Nr. 520

Ergebnis: Beschlussfassung

Beratungsunterlage ist die gemeinsame Vorlage des Referats Jugend und Bildung und des Technischen Referats vom 10.10.2017, GRDRs 717/2017, mit folgendem

Beschlussantrag:

Von der zwischen dem Hochbauamt und Schulverwaltungsamt erarbeiteten **Investitionsplanung, die schulische Belange ebenso wie die personellen und bauwirtschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt**, wird Kenntnis genommen.

- a. Dem Vorschlag der Verwaltung zur Weiterplanung auf Basis des **Szenario 1** wird zugestimmt.
- b. Der in Anlage 2a bzw. 2b vorgelegten Investitionsplanung mit der dargestellten, teilweise gravierenden **Projektverschiebung entsprechend Szenario 1** wird zugestimmt. Dies betrifft zahlreiche, vom Gemeinderat beschlossene und vielfach bereits (teil-)finanzierte Schulbauvorhaben.

StR Rockenbauch (SÖS-LINKE-PluS) fragt nach, wie viele Stellen das Technische Referat benötigt, um 20 % Eigenplanung zu realisieren. Seines Erachtens wäre es dann möglich, die Wartezeiten der Schulen um bis zu einem Jahr zu verkürzen.

Dazu wird von BM Thürnau angemerkt, zunächst müsse geschaut werden, ob sich die vorgesehenen Stellen am Markt generieren ließen. Sollte dies gelingen, könnte mittelfristig diese Frage von StR Rockenbauch betrachtet werden. Diese Fragestellung sei im Übrigen als Stellschraube in beide Richtungen nutzbar, also auch für Zeiten, in denen sich die Kapazitäten etwas nach unten bewegten. Zwar sei dies derzeit im Schulbau nicht erkennbar, aber diese Stellschraube eröffne Flexibilität. Wenn sich die Personalgewinnungsfrage geklärt habe, komme die Verwaltung gerne auf den Gemeinderat zu, um die aufgeworfene Frage zur Diskussion zu stellen.

BMin Fezer stellt abschließend fest:

Der Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Häbe / fr

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Schulverwaltungsamt (2)
Referat T
zur Weiterbehandlung
Hochbauamt (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 5. BVinnen Mitte, Nord, Ost
BV Süd, West
 6. BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Hed,
Mö, Mühl, Mün, Ob, P-B, Si,
Sta, Un, Vai, Wa, Weil, Zu
 7. GPR (2)
 8. Rechnungsprüfungsamt
 9. L/OB-K
 10. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN